

Von Schlössern und Luftschlössern

Am 27. Juli 1948 schrieb der Saarbrücker Ministerialdirigent Paul Arndt einen offenen Brief an den Bevollmächtigten des saarländischen Ministerpräsidenten für den Wiederaufbau. „Herr Bevollmächtigter“, so endet das nur sehr bedingt freundliche Schreiben des Regierungsbaudirektors, „der Wiederaufbau ist weder ein politisches Experimentierfeld noch eine (zu) melkende Kuh. Um es offen zu sagen (höflich ist es oft geschehen): Wir brauchen weder Sie noch die Urbanisten, die Sie uns aufzwingen wollen, denn der freie Wettbewerb der Stadt Saarlouis hat die hohe Qualität unserer saarländischen Architekten bewiesen [...] Selbstverständlich begrüßen wir jede Hilfe. Sie muss aber ohne Zwang und Bevormundung angeboten werden und auf dem Weg des freien Wettbewerbs erfolgen.“ Auch wenn Arndt in seinem allerletzten Satz bedauerte, dass er die von ihm ansonsten persönlich geschätzten Urbanisten in diese Auseinandersetzung habe mit einbeziehen müssen, so lässt die Abrechnung des bis 1947 höchsten saarländischen Baubürokraten mit den französischen Kollegen in ihrer Deutlichkeit doch kaum etwas zu wünschen übrig.

Allerdings war das, was der ehemalige Leiter des saarländischen Bauwesens aus seiner zuweilen höchst persönlichen Perspektive zum französischen Wiederaufbau zu sagen hatte dann doch ein wenig zu deutlich, zumal Arndts Saarbrücker Klartext schon einen ebenso un-zweideutigen Prolog gehabt hatte. Fast von Anfang an opponierte er in seiner bewährt undiplomatischen Form gegen die französische Wiederaufbauplanung, führte namentlich gegen Pingussons „maßlose“ Entwürfe zahlreiche Bedenken ins Feld, kritisierte ebenso eine mögliche „Überfremdung“ der saarländischen Baukultur, wie er es etwa in einem Brief an Ministerpräsident Hoffmann zum Ausdruck

gebracht hatte. Im Sommer 1947 war seine unerwünschte Opposition endgültig ins Visier der französischen Militärregierung geraten. Gemeinsam mit anderen Beamten aus seiner Bauverwaltung wurde er am 11. September von der Sûreté festgenommen und inhaftiert, schließlich wegen angeblicher Vergehen im Dienst vor ein Militärgericht gestellt. Das Verfahren wurde allerdings ziemlich schnell eingestellt, die Ermittlung wegen einer zweiten Anschuldigung erst gar nicht aufgenommen.

Wenn Gilbert Grandval und seine Administration geglaubt hatten, dass zwei Wochen Gefängnis den ungeliebten Kritikaster zum Schweigen bringen würden, so sahen sie sich schon bald eines besseren belehrt. Auch weiterhin schrieb Arndt unermüdlich gegen die „Französisierung“ des saarländischen Bauwesens an, lief Sturm gegen die 1947 erfolgte Einrichtung eines Staatskommissars für den Wiederaufbau (natürlich auch deswegen, weil damit seine eigenen Kompetenzen beschnitten wurden) und sah endgültig Rot, als im Mai 1948 an die Spitze der beim Ministerpräsidenten ressortierenden Aufbaubehörde mit Oberst Gallien ein Mitglied der vormaligen Militärregierung rückte. Weil die entsprechenden Eingaben bei seinen Vorgesetzten in Ministerpräsidium und Ministerium erfolglos, oft sogar unbeantwortet geblieben waren, wandte sich Arndt um Hilfe an seine sozialdemokratischen Parteifreunde und entschloss sich schließlich zu jenem eingangs zitierten Offenen Brief, der – nach vorhergehender Information des Ministerpräsidenten – gleichzeitig in fünf saarländischen Tageszeitungen veröffentlicht werden sollte. Soweit sollte es freilich nie kommen. Als das omnipräsente Hohe Kommissariat Wind von dem Vorhaben bekam, ließ es seine Muskeln spielen, deren überlegene Kraft die Landesregierung auch ein gutes halbes Jahr nach ihrer offiziellen Inthronisierung noch anerkennen musste. Gilbert Grandval persönlich forderte Johannes Hoffmann in

einem Schreiben auf, die Veröffentlichung in der Tagespresse zu verhindern und drohte gleichzeitig gegebenenfalls ungehorsamen Zeitungsmachern mit einem dreiwöchigen Erscheinsverbot. Gleichzeitig wünschte er, dass die Regierung ihren Leitenden Baudirektor aus dem Landesdienst entlassen solle. Der saarländische Ministerrat entsprach den Wünschen Grandvals voll und ganz. Das Innenministerium sorgte dafür, dass das *J'accuse* des Paul Arndt niemals öffentlich zu lesen war, wobei Arbeitsminister Kirn, der praktischer Weise auch Lizenzträger der „Volksstimme“ war, sein Blatt in vorausseilendem Gehorsam bereits entsprechend instruiert hatte. Außerdem wurde Arndt mit sofortiger Wirkung von seinem Dienst suspendiert und ein Dienststrafverfahren gegen ihn in die Wege geleitet, das auf seine endgültige Entlassung zielen sollte. Auch wenn die Causa Land gegen Arndt mit einem eindeutigen Sieg für den geschassten Baudirektor endete, war doch seit dem Frühherbst 1948 der profilierteste, zumindest lautstärkste Gegner der französischen Wiederaufbaupolitik an der Saar kaltgestellt.

Es ist einigermaßen erstaunlich, dass die Figur des Paul Arndt, soweit ich es sehe, in den bisherigen Darstellungen der französischen Saarjahre nach 1945 überhaupt nicht auftaucht. Erstaunlich ist das weniger deshalb, weil der Bauingenieur, der bereits von 1920 bis 1937 in Diensten der Saarbrücker Stadtverwaltung gestanden hatte und der dann nach 1945 eine Blitzkarriere zum höchsten saarländischen Baubeamten hinlegte, durch irgendwelche besonderen Beiträge in die Geschichte der regionalen Baukultur eingegangen wäre. Erstaunlich scheint dieses Fehlen mir vielmehr deshalb, weil der Fall Arndt besonders eindrücklich die Schwierigkeiten und Probleme, die Ambivalenzen und manchmal auch Aporien illustrieren kann, die sich im Zusammenhang mit dem französischen Wiederaufbau an der Saar ergaben. Der vor allem auch demonstrieren kann, was passiert, wenn

große Pläne und hehre Programme auf politische Realität, auf die keineswegs immer unfruchtbaren Niederungen der bürokratischen Alltagspraxis treffen.

Vielleicht habe ich meinen Beitrag im Rahmen dieses Workshops aber auch nur deswegen mit Paul Arndt begonnen, weil der Saarbrücker Beamte gewissermaßen am Anfang meiner Beschäftigung mit dem Thema des französischen Wiederaufbaus stand. Einer Beschäftigung, die sich eher en passant, zufällig, gewissermaßen als Kollateralnutzen meiner bisweilen etwas angestaubten Arbeitsplatzexistenz ergab. Als gebürtiger Frühneuzeithistoriker, der sich bis dahin weder architektonische noch stadtplanerische oder kunsthistorische Meriten verdient hatte, könnte man also sagen, dass ich zum französischen Wiederaufbau gekommen bin wie die Jungfrau zum Kind. Wenn das denn nicht ein ziemlich schräges Bild wäre, denn recht eigentlich ist mein Verhältnis zu den in Frage stehenden Saarjahren eher das einer Made zum Speck. Tatsächlich sitze ich ja jeden Tag auf Aktenbergen, die sich in sachgemäße Reihung gebracht über eine Distanz von 16 Kilometern erstrecken. Da sich in diesen 16.000 Regalmetern auch und zu einem nicht geringen Teil die Überlieferung saarländischer Ministerien und Behörden seit 1945 verbirgt, ist es eigentlich keine Überraschung, wenn man in vielen Unterlagen auf die Auseinandersetzungen um die französische Wiederaufbaupolitik zwischen 1945 und 1955 stößt. Überraschend war für mich eher die Tatsache, dass diese unsere Bestände in den bisherigen Darstellungen und Analysen des Themas eher eine untergeordnete, wenn nicht sogar marginale Rolle spielten. Und das, obwohl sie als Quellenkorpus, gemeinsam mit den Archivalien des Saarbrücker Stadtarchivs, schlechterdings unverzichtbar sind, wenn man die Jahre des französischen Wiederaufbaus aus saarländischer Perspektive sehen und begreifen möchte.

Natürlich ist und war es nicht ein Zeichen kollektiver Ignoranz, wenn die saarländischen Quellen bisher nur in bescheidenem Umfang ausgewertet wurden. Vielmehr hatte diese Marginalität wohl mit dem Fokus zu tun, den man auf das Thema gerichtet und den Disziplinen, die sich bisher vornehmlich um dieses Thema gekümmert haben. Bisher haben sich aber zweifelsohne eher Architektur- und Kunsthistoriker, Stadtplaner oder Denkmalpfleger bei der Beschäftigung mit der französischen Moderne an der Saar hervorgetan, während der Beitrag der (Landes)Historiker doch sehr überschaubar geblieben ist. Fast zwangsläufig wanderte daher der Blick der Forschenden dorthin, wo die französische Baukunst und Stadtplanung ihren Ursprung hatten, in die Forschungs- und Archivlandschaft unseres Nachbarlandes, auf die Überlieferungen der *Archives d'architecture*, der Archive des Pariser Außenministeriums, auf den Nachlass des Architekten Georges Henri Pingusson.

Wenn ich heute mit meinem Vortrag ein Plädoyer für eine stärkere Implementierung saarländischer Quellenbestände verbinde, dann ist das keineswegs der Heimathirsch, der aus mir röhrt und auch nicht die *déformation professionnelle* des Öffentlichkeitsarbeiters eines saarländischen Staatsarchivs, der mehr Benutzer in sein Haus locken will. Vielmehr geht es mir darum, eine Perspektiverweiterung anzustreben, ein klein bisschen Paradigmenwechsel sogar vielleicht, eine Einbettung des französischen Wiederaufbaus in eine saarländische und mithin deutsch-französische Kulturgeschichte im weiteren Sinne zu betreiben. Es geht dann, überspitzt formuliert, nicht mehr, oder zumindest nicht mehr alleine, darum, zu eruieren, wie visionär, originell, zukunftsweisend oder schön und kostbar französische Stadtplanung und Architektur an der Saar waren und wie wichtig es deshalb erscheint, diese Erinnerung und dieses Erbe zu bewahren. Vielmehr gilt es meines Erachtens, die Aktivitäten jener Jahre als Teil ei-

ner politisch-kulturellen Praxis zu begreifen, sie in den historischen, sozialen und mentalen Kontext der Zeit einzuweben, zu zeigen, wie die saar-französische Politik auf sie wirkte und sie umgekehrt diese beeinflussten. Das Scheitern des französischen Städtebaus ist, um es nochmals zugespitzt zu formulieren, vor einem solchen Erkenntnisinteresse ebenso wichtig wie die wenigen erhaltenen architektonischen Glücksfälle.

Es waren also, um auf Paul Arndt und meine Aufbaugeschichten zurückzukommen, solche und ähnliche „kultur-politische“ Gedanken, die mich umtrieben, als ich vor etwa zwei Jahren begann, unser Haus nach einschlägigen Quellen aus dem Jahr 1946 zu durchstöbern. Ursprünglich schwebte mir nämlich so etwas vor wie eine aus unterschiedlichen Perspektiven geschriebene Biographie dieses Jahres 1946, jenes überaus bemerkenswerten und vielleicht französischsten aller Saarjahre, in dem vieles zerstört war, manches noch oder wieder funktionierte, fast alles für die Zukunft denkbar schien. Es passte wie die Faust auf das historische Auge eines materiell und moralisch daniederliegenden Landes mit ausgehungelter Bevölkerung, dass in dieser Situation ausgerechnet ein Schloss zum ersten größeren Projekt des französischen Wiederaufbaus avancierte. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft in Saarbrücken verfügte jedenfalls Gouverneur Grandval, dass das von Bomben und Artilleriebeschuss reichlich in Mitleidenschaft gezogene Schloss Halberg künftig seine Residenz und mithin ein politisches Gravitationszentrum des 1947 geborenen Saarstaats werden sollte.

Ich habe die bis dahin in ziemlichem Dunkel liegende Geschichte vom Wieder- und Neuaufbau des Halbergs in einem Beitrag für die Zeitschrift *Saargeschichten* Ende des vergangenen Jahres skizziert. Hier und heute will ich nur ein ganz paar Argumente aus diesem Aufsatz

wiederholen, weil sie mir im Zusammenhang mit der gesamten Geschichte des französischen Wiederaufbaus an der Saar wichtig erscheinen. Da ist zunächst die Tatsache zu erwähnen, dass mit dem realisierten Aufbauprogramm eine eindeutige politische Botschaft verbunden war. Dass Gilbert Grandval auf dem Halberg ausgerechnet jenen Ort in Besitz nahm, der im 19. Jahrhundert von einem der wichtigsten Exponenten der saar-preußischen Vergangenheit bebaut und damit beherrscht worden war, dass die restlose Entsorgung der neo-historistischen Schlossarchitektur des Freiherren von Stumm als Entpreußung und mithin Entnazifizierung verstanden wurde, dass sich das aufgeklärte Frankreich nun mit einer Art von schlichtem Loire-Schloss an gleicher Stelle repräsentativ verewigte, das alles war genau so vom nachmaligen Botschafter und seiner Gattin intendiert und umgesetzt worden. Bedeutsam scheint zweitens, dass uns beim Aufbau des Halbergs bereits jenes Fachpersonal begegnet, das auch in den Folgejahren in der einen oder anderen Richtung am französischen Wiederaufbau beteiligt war: der Architekt und Bauleiter Hans Bert Baur, der aus mir bis heute nicht ganz einsichtigen Gründen trotz vieler Ungereimtheiten bis 1955 der Architekt von Grandvals Vertrauens blieb, Georges-Henri Pingusson, der Baumeister der Botschaft, sozusagen des modernen saarländischen Grandval-Schlusses, der das Büro des Gouverneurs auf dem Halberg eingerichtet haben soll, schließlich unser Paul Arndt, der als oberster saarländischer Finanzkontrolleur eingeschaltet wurde, als die Kosten für die Residenz auf dem Halberg zu explodieren begannen. Und auch da, in diesem finanziellen Punkt, findet sich eine dritte Kontinuität, deren Spuren vom Halberg über die *Ambassade* bis zu den Stadtplanungen führten. Die Tatsache, dass Schloss Halberg zehnmal und die Botschaft viermal so viel kostete wie ursprünglich veranschlagt, mag in heutigen saarländischen Ohren wie vertraute Musik klingen, dürfte aber im Kontext der Hungerjahre in den späten 1940ern die berechtigte Skepsis

jener politisch Verantwortlichen in Stadt und Land befeuert haben, die befürchteten, dass die visionären französischen Planungsziele niemals zu finanzieren waren. Die französischen Aufbauprojekte bewegten sich von Anfang bis Ende offenkundig in ganz anderen finanziellen Sphären als die saarländische Ökonomie, waren wahrscheinlich auch deswegen oft viel zu schön, um wahr werden zu können.

Mein zweiter, ebenfalls in den *Saargeschichten* erschienener Beitrag zum französischen Wiederaufbau beschäftigte sich mit der *Ambassade* Pingussons. Auch da ging es mir weniger um die mittlerweile recht gut erforschte Architekturgeschichte oder um die kunsthistorische Einordnung dieser saarländischen Ikone der Moderne als um die praktische Seite der Realisierung des Gebäudekomplexes im Spannungsfeld von divergierenden politischen und kulturellen Interessen. Die erste und die zweite Residenz Grandvals, sie bildeten gewissermaßen den zeitlichen und architektonischen Rahmen der französischen Wiederaufbaujahre an der Saar. Zwischen beiden lag die Phase der französischen Städteplanung im Saarland, jener hochambitionierten Visionen, die im Falle ihrer Realisierung zumindest Saarbrücken und Saarlouis ein vollkommen neues Gesicht gegeben hätten und die in manchen Diskussionen von Fachleuten und Laien unseres Landes mittlerweile eine fast mythische Qualität angenommen haben. Zum konkreten Inhalt dieser Pläne will ich an dieser Stelle nichts Weiteres ausführen, zumal wir darüber heute schon mehrfach auf kompetente Weise unterrichtet wurden. Ich möchte diese Stadtplanungen vielmehr unter dem nämlichen, oben erläuterten kulturhistorischen Fokus zum Gegenstand eines dritten, bisher leider noch ungeschriebenen Beitrags über die französischen Wiederaufbaujahre machen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermag ich allerdings nur einige Informationen zu liefern, Schwerpunkte zu benennen und mögliche Problemlagen zu positionieren.

Zunächst also ein chronologisch geordneter Faktencheck, der mir auch deshalb wichtig erscheint, weil er bisher noch nicht veröffentlichtes Material zur Kenntnis bringt, manche Korrektur ermöglicht und damit das bisherige Bild der Aufbaugeschichte um einige Nuancen bereichern könnte.

Die Geschichte der französischen Stadtplanung an der Saar beginnt bekanntlich mit jenem Erlass Gouverneur Grandvals, mit dem er am 16. November 1945 die Einrichtung eines eigenen *Service d'urbanisme d'architecture et de Reconstruction* bei der Militärregierung verfügte. Das von Grandval berufene Team von Architekten und Stadtplanern sollte unter der Leitung von Marcel Roux einen Gesamtwiederaufbauplan für das Saarland sowie Masterpläne für die Städte Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen entwerfen. Die allgemeine Leitung der städtebaulichen Projekte sollten die im Offiziersrang bei der Militärregierung angestellten Architekten kostenlos leisten. Als Arbeitsvergütung wurde 1% der Bausumme für die von ihnen überwachten Projekte in Aussicht gestellt, außerdem sollten sie einige besonders ausgewählte Projekte als persönliche Arbeitsaufträge erhalten, die dann nach den üblichen Tarifen für Architekten verrechnet werden sollten. Bereits am Tag vor dem Erlass, am 15. November 1945, waren in Grandvals Dienstzimmer die Herren Roux und Menkes sowie Baudirektor Paul Arndt zusammengekommen, um über die Probleme und Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den saarländischen und französischen Beamten und Fachleuten zu verhandeln. Dass sich mit den örtlich wirkenden Planern und Architekten unter der Generaldirektive der Franzosen eine „kameradschaftliche“ Zusammenarbeit entwickle, wurde auf der einen Seite ebenso als wünschenswert betont wie auf der anderen das Begehren, dass für die saarländischen Architekten ein genügend großes Arbeitsfeld verbleiben möge. „Scherzhaft“, wie Arndt es in seinem Protokoll

ausdrückte, „fügte der Herr Gouverneur hinzu: Gewisse Schwierigkeiten der Städtebauer, um aus den bestehenden Zuständen Neues und Schöneres zu schaffen, seien durch die Realitäten bereits beseitigt.“ Es hatte sich also natürlich schon bis zum Gouverneur durchgesprochen, dass der Krieg auch an der Saar für jene *tabula rasa* gesorgt hatte, mit der Städteplaner nicht nur im Schatten eines Le Corbusier am liebsten arbeiten.

Georges-Henri Pingusson, der bei der ersten Sitzung der Urbanisten noch nicht anwesend war, trat seine Saarbrücker Stelle entweder im Dezember 45 oder im April 46 an, hier divergieren die Angaben. Sicher ist hingegen, dass er von Anfang an in Scheidt lebte und arbeitete, hier war ein Atelier für die Stadtplaner in der *Im Flürchen* firmierenden „Villa Goldmer“ eingerichtet worden. Das damals noch idyllisch abgelegene Scheidt war offenkundig ohnehin so etwas wie eine Exklave für hohe Angestellte der Militärregierung, eine kleine französische Kolonie, in der Pingusson und seine Mitstreiter ebenso heimisch wurden wie der Kanzleichef Gauthier, der Generaldirektor der Saarbrücker Zeitung, Louis Knaff, oder Henry Gowa von der Saarbrücker Kunstschule. Die so oft und gerne kolportierte Nachricht, dass die Urbanisten vorwiegend im Saarbrücker Hotel Excelsior residiert hätten, scheint uns nicht nur vor diesem Hintergrund fraglich; sie ist auch deswegen eher unwahrscheinlich, weil das Excelsior erst im Jahr 1948 wieder bezugsfähig wurde, zu einem Moment also, als die große Zeit der Planer an der Saar bereits vorbei war.

Ein wichtiger Monat für die französische Städteplanung war dann der März 1946. Am 21. dieses Monats, am Jahrestag des amerikanischen Einmarsches, der nun als Jahrestag der alliierten Befreiung gefeiert werden konnte, fand auf dem Gelände des Saarbrücker Kohlehafens die feierliche Grundsteinlegung für den Wiederaufbau Saarbrückens

statt. Gilbert Grandval führte gemeinsam mit Regierungspräsident Neureuter den symbolträchtigen Akt durch, der nicht nur den vollständigen Neubeginn des Landes untermauern sollte, sondern auch ganz konkret jenen Ort markierte, an dem das Herz der neuen Hauptstadt eines neuen Landes schlagen sollte. Das war, einige Monate vor der Offenlegung von Pingussons Saarbrücker Masterplan, der Beleg dafür, dass einige städtebauliche Schwerpunkte der Urbanisten schon früh festlagen, wohl auch deshalb, weil sie damit an ältere Planungen anknüpfen konnten, auch solchen, die just in jener Nazizeit entstanden waren, die ja eigentlich mit der französischen Planung aus der Welt gebaut werden sollte. Fünf Tage nach der Grundsteinlegung wurde auf Veranlassung der Urbanisten vom Regierungspräsidium ein auf zwei Jahre befristetes Bauverbot für das gesamte Saarland erlassen, um „die Enteignung von Gelände zu ermöglichen, aus Gründen des öffentlichen Wohles und um diese Gelände in einen Gesamtbauplan für den Wiederaufbau im Saargebiet eingliedern zu können“, wie es im Verordnungstext hieß. Das Bauverbot war ein äußerst wichtiges Machtinstrument in den Händen der französischen Stadtplanung, erst nach seinem Auslaufen im Februar 1948 kehrte die Bauverwaltung mehr oder weniger exklusiv in saarländische Obhut zurück.

Das nächste wichtige Datum war der 7. August 1946. Denn entgegen den bisher bekannten Nachrichten fand bereits an diesem Tag die erstmalige Offenlegung von Pingussons Saarbrücker Stadtbaumodell in der Scheidter Villa Goldmer statt. Geladen wurden vom Gouverneur die Vertreter des Regierungspräsidiums, Mitglieder der Parteien und des Bürgerkomitees, des Vorgängers des Saarbrücker Stadtrats. Das Ereignis und vor allem der Zeitpunkt, zu dem es stattfand, scheinen mir in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Einerseits verkürzt dieses Datum (vor allem, wenn Pingusson tatsächlich erst im April 46

sein Büro bezogen haben sollte) den bisher angenommenen Zeitraum, in dem der Architekt seinen Saarbrücker Stadtplan entwickelt hat, erheblich, was für den Genius des Pariser Baumeisters ebenso sprechen könnte wie für hervorragende Zuarbeit oder die Adaption bereits existierender Module. Ebenso beredt ist es aber, wenn die Vorstellung des Masterplans erst fünf Wochen später, mit einem Artikel der Saarbrücker Zeitung vom 14. September 1946, publik gemacht wurde. Das lag natürlich nicht an den damals üblichen Vorlaufzeiten für mediale Kommunikation, an der Papierknappheit und dem beschränkten Raum, der der drei Mal wöchentlich erscheinenden Zeitung zur Verfügung stand. Ein Ereignis von der Bedeutung des Aufbauplans fand sogar in diesen Notzeiten normaler Weise schnell, tagesaktuell und in ganzer Breite seinen Weg in das Monopolblatt; die Seite, die am 14. September 1946 zur Verfügung stand, ist dafür ein hinlänglicher Beweis. Vieles spricht also dafür, dass die verspätete Publikation ein bewusster und gezielter Akt war, der ganz offenkundig eine politische Dimension besaß. Denn die Publikation fand nur einen Tag vor den ersten saarländischen Gemeinderatswahlen statt, dem ersten demokratischen Urnengang nach dem Krieg überhaupt, der somit auch zu einem Gradmesser für die Akzeptanz des im Saarland unter französischer Regie eingeschlagenen Weges werden sollte. Ganz offenkundig und wohl nicht ganz zu Unrecht glaubten die französischen Herausgeber der Saarbrücker Zeitung, dass der Bericht über die Visionen einer städtischen Zukunft mit Autobanen und Flughafen, mit Hochhäusern und Sportstadien, mit Parkanlagen und Erholungsstätten die Menschen in der saarländischen Trümmerwüste in positive Stimmung versetzen würde.

Die Gemeinderatswahlen im September 1946 verliefen sehr positiv für die im Sinne des sich anbahnenden wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich operierenden Kräfte. In Saarlouis, wo Edoard Menkes

seine später so heftig abgelehnte Stadtplanungsarbeit aufgenommen hatte, wurde mit Walter Bloch sogar ein Vertreter des MRS, der Bewegung für den *politischen* Anschluss des Saarlands an Frankreich, in seinem Amt bestätigt. Das Klima schien also sehr gut, um die von den französischen Urbanisten geschaffenen Pläne in den kommunalen Entscheidungsgremien absegnen zu lassen. In Saarbrücken stand Pingussons Generalplan am 14. Januar 1947 auf der Tagesordnung des ersten seit 1932 demokratisch gewählten Stadtrats. Zwar beschloss das Gremium an diesem Tag, den Pingusson-Plan als Grundlage des Saarbrücker Wiederaufbaus zu genehmigen. Gleichzeitig wurden aber auch jene Problemfelder als Vorbehalte thematisiert, unter denen die Realisierung des Plans nur möglich sein sollte. Die genaue Bezifferung und Aufteilung der ungeheuren Finanzlasten, die absolute Priorität der Schaffung neuen Wohnraumes sowie die Durchführung aller Arbeiten unter der Kontrolle des Stadtrats, sie wurden zur Leitmelodie in den Auseinandersetzungen um die französische Stadtplanung, und sie blieben es bis zum Abschied der Urbanisten. Und so wurde das Jahr 1947, das mit der prinzipiellen Genehmigung des Pingusson-Plans begann, nicht zum Startpunkt für dessen Realisierung, sondern zum Zeitraum, in dem sich eine immer deutlichere, allerdings durchaus auch fachlich fundierte Kritik an der Vision der französischen Stadtplanung formulierte. Am frühesten und explizitesten wurde diese Kritik vom Saarbrücker Oberbaurat Karl Cartal formuliert, der seit September 1945 als Chefarchitekt der Landeshauptstadt amtierte und bereits einen eigenen Wiederaufbauplan auf den Weg gebracht hatte. Bereits im Dezember 1946 hatte Cartal im Auftrag der Militärregierung ein Papier zusammengestellt, das die Unterscheidungsmerkmale zwischen der Saarbrücker und der französischen Stadtplanung fixierte, wobei allerdings auch einige Gemeinsamkeiten zur Sprache kamen. Es war ja keineswegs so, wie man es noch in der ein oder anderen neueren Publikation zum Thema her-

auslesen könnte, dass die deutschen Planer die Arbeit ihrer französischen Kollegen nur mit Lippenbekenntnissen begrüßten, um sie recht eigentlich aber in Bausch und Bogen zu verdammen oder mit fiesen Tricks zu sabotieren. Allerdings war, besonders bis zum Ende der Militärregierung, auch sachliche Einzelkritik an der französischen Stadtplanung und an der Arbeit Pingussons unerwünscht, sie wurde, wie es der eher frankophile Cartal in einer Stadtratssitzung formulierte, „als Opposition aufgenommen“. Und so etwas blieb nicht ohne Konsequenzen. Am 9. September 1947, also quasi zeitgleich mit der Verhaftung Paul Arndts, wurde Wiederaufbau-Staatskommissar Radziewsky vom französischen Baudirektor Boisseau mitgeteilt, dass der Gouverneur die Entfernung Cartals aus seiner städtischen Position wünschte. Anders als seine Kollegen in Saarlouis und Neunkirchen, die nach ähnlichen „Insubordinationen“ der Bannstrahl der Militärregierung wirklich traf, konnte Cartal, offenbar mit Unterstützung der saarländischen Regierung, jedoch in seinem Amt verbleiben.

Das Jahr 1948 gilt gemeinhin als Wendepunkt für die französische Wiederaufbaupolitik an der Saar, als ein Zeitraum, in dem sich die Realisierungschancen für die Pläne der Urbanisten spürbar verschlechterten. In der Tat änderten sich damals viele Rahmenbedingungen, konnten die französischen Planer seit der Geburt des teilautonomen Saarstaates bei weitem nicht mehr so souverän und teilweise auch eigenmächtig agieren wie unter dem Schutz der französischen Militärregierung. Zudem produzierte auch die Stagnation bei den Räumungs-, Instandsetzungs- und Wiederaufbauarbeiten einen immer größeren Druck, formierte sich die mächtige Lobby der Geschäftsleute, der Grund- und Hauseigentümer, denen sichtbare Fortschritte oder die freie Verfügbarkeit über ihr Eigentum verständlicher Weise wichtiger waren als eine visionäre Stadtplanung, die in den unabsehbaren Kategorien von drei oder mehr Jahrzehnten operierte.

Außerdem verlagerte sich das für die Wiederaufbaufragen entscheidende politische Machtzentrum nun zusehends in Richtung des Saarbrücker Ministerpräsidiums, dessen Chef Johannes Hoffmann – der übrigens bis 1949 auch Saarbrücker Stadtverordneter blieb – man nun immer häufiger als Motor und Moderator der vielen Gespräche und Verhandlungen zwischen den saarländischen und französischen Protagonisten erleben konnte. Gleichwohl war unter den Vorzeichen einer saarländischen Landesregierung Frankreich keineswegs vom Feld der bürokratischen Entscheidungsträger des Wiederaufbaus verdrängt worden. Ganz im Gegenteil. Die Einrichtung eines „Hohen Rates für Wiederaufbau“, der unter der Leitung des Ministerpräsidenten eingerichtet und fast paritätisch mit saarländischen und französischen Mitgliedern besetzt wurde, sollte als oberstes Beratungs- und Planungsgremium im Sinne der deutsch-französischen Kooperation fungieren. Außerdem versuchte Gilbert Grandval ganz bewusst, durch die Besetzung der saarländischen Bauverwaltung mit Leuten aus seiner Administration, den französischen Einfluss zu erhalten. Dass das nicht lange gut ging, geht ziemlich deutlich aus einem Brief hervor, den Johannes Hoffmann am 12. Januar 1949 an den Hohen Kommissar schrieb. „Ich habe“, erklärt JoHo dort, „oft gegen meine eigene bessere Einsicht, im letzten Jahr mir die denkbar größte Mühe gegeben, durch Einbau der von Ihnen gewünschten Persönlichkeiten in den saarländischen Wiederaufbau unter Beweis zu stellen, dass unsererseits der ehrliche Wille besteht, mit Frankreich und den französischen Menschen so eng wie möglich zusammen zu arbeiten. Zu dieser Zusammenarbeit gehören aber zwei Seiten. Wenn ich nun feststelle, dass trotz aller immer wieder getroffener Vereinbarungen die französischen Herren, die in die saarländische Verwaltung übernommen wurden, ihren eigenen Weg gehen, statt sich in den Verwaltungs- und Geschäftsgang der saarländischen Verwaltung 100prozentig einzuschalten, so komme ich allmählich zu der Über-

zeugung, dass es so nicht weiter gehen kann. Herr Gallien hat als Leiter des Wiederaufbauamtes bis heute noch nicht eine einzige Referentenbesprechung abgehalten. Das Durcheinander in seiner Verwaltung ist so groß, dass die besten Mitarbeiter mir ihre Kündigung angeboten haben, die ich einstweilen verweigerte. Auch die Zusammenarbeit der Stadt Saarbrücken mit Herrn Pingusson klappt nicht trotz der stunden- und tagelangen Bemühungen, denen ich mich persönlich unterzog, um hier die Uebereinstimmung zu erreichen. Ebenso ist in Saarlouis ein neuer Krach zwischen der Stadt und Herrn Menkes im Gange. Ich kann auf die Dauer diese Dinge nicht mehr verantworten und werde einer Debatte im Landtag hierüber nicht länger ausweichen können...“

Unter den obwaltenden Umständen kann es kaum überraschen, dass die französischen Urbanisten Ende des Jahres 1949 aus den saarländischen Diensten ausschieden, ob resigniert oder nicht, und vor allem: aus welchen Gründen resigniert, das sei einmal dahingestellt. Viel erstaunlicher scheint mir jedoch, dass man sich angesichts der vielen systemischen Differenzen vier Jahre lang überhaupt immer wieder zusammenraufen konnte, dass die Arbeit überhaupt vorankam und man immer wieder Kompromisse zu finden in der Lage war. Selbst die berühmte Übereinkunft vom November 1948, die über den revidierten Pingusson-Plan ausgehandelt wurde, die von allen Beteiligten unterzeichnet wurde und die so zum verbindlichen Ausgangstext für die städtebauliche Weiterentwicklung Saarbrückens werden sollte, war entgegen anders lautenden Urteilen ja keineswegs der Todesstoß für Pingussons Vision. Nicht nur, dass es sich nach beidseitigen Konzessionen um einen echten Kompromiss handelte, ist hier wichtig, festzuhalten. Vor allem muss man konstatieren, dass entscheidende Elemente des Gesamtplans erhalten blieben, von den verkehrstechnischen Seiten mit Transversalen und Autobahntangen-

ten über die Erbauung eines neuen Stadtzentrums bis hin zur prinzipiellen Hochhausbebauung. Sogar der Architekturplatz in der Bahnhofstraße und die Öffnung der Eisenbahnstraße zur Neubebauung am Saarufer sind auf diesem Papier, anders als das noch neulich zu lesen war, nach den entsprechenden Interventionen des Ministerpräsidenten erhalten geblieben. Und ganz offenkundig mussten ja auch die Herren Menkes und Pingusson nicht gezwungen werden, um ihren Vertrag als Urbanisten im Saarland zu verlängern. Denn, und auch das war ein Ergebnis der Verhandlungen vom Herbst 1948, die beiden Architekten fungierten fortan als Aufbau-Berater der Städte Saarlouis und Saarbrücken, nur jetzt eben in Landesdiensten stehend. Aufgrund dieser letzten Tatsache ist mir übrigens nicht ganz verständlich, warum der in der Literatur zitierte vermeintliche Kündigungsbrief Pingussons vom Herbst 1949 an Gilbert Grandval adressiert gewesen sein soll. Sein eigentlicher Dienstherr war nämlich seit dem 1. Oktober 1948 Johannes Hoffmann. Er war es seitdem, der Pingussons Urlaubsanträge genehmigte, der ihn am 31. Dezember 1949 vom Dienst entband und der ihm gleichzeitig, ob als Dankeschön oder Entschuldigung, eine dreimonatige Vertragsverlängerung ohne Gegenleistung gewährte. Und der es schließlich auch begrüßte, dass Pingusson nur kurze Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Landesdienst als Architekt für die französische Botschaft engagiert wurde, einem Gebäude, mit dem sich, gleichsam im allerletzten Moment und für eine sehr kurze Zeit, doch noch ein Hintertürchen für die Realisierung des Saarbrücker Städteplans zu öffnen schien.

Meine Damen und Herren, es gäbe an dieser Stelle noch unendlich viele Dinge zum Thema zu sagen, doch die Zeit drängt, ich muss und will zum Ende meiner Ausführungen kommen. Ich hoffe, Ihnen ein wenig von der Substanz und Brisanz vermittelt haben zu können, die in einer historischen Betrachtung der französischen Wiederaufbau-

planung an der Saar steckt. Historische Betrachtungen unterliegen wie die mit ihnen verwandten Erinnerungskulturen stets quasi konjunkturellen Wechsellagen, sind aus naheliegenden Gründen immer auch ein Spiegel jener Gegenwart, der sie eigentlich entstammen. Bei der Rückschau auf den französischen Wiederaufbau ist das besonders gut nachzuvollziehen, ist der historische Umgang mit ihm doch in deutlicher Parallelführung zur Beurteilung des teilautonomen Saarstaats zu sehen. So wie letzteren, so traf auch ihn nach der „Kulturrevolution“ von 1955/56 ganz offenkundig der Bannstrahl der Tabuisierung, legte sich erst einmal das große Schweigen über eine doch eigentlich sehr bedeutende und spannende Phase der saarländischen Nachkriegsgeschichte. Seit den 1960er und vor allem 1970er Jahren hat sich der Blick in unseren kollektiven Rückspiegel deutlich verändert. Im Klima der wachsenden deutsch-französischen Freundschaft und einer gerade in unserer Grenzregion mehr oder weniger glaubhaften Adaption französischer Lebensart entdeckte man nun überaus positive Traditionslinien, die von der Gegenwart des aufblühenden *savoir vivre* unmittelbar in die Zeit des „französischen“ Saarstaats zurückzuführen schienen. Was vormals verbannt war, durfte nun bisweilen verklärt werden, ein überaus verständliches, weil menschliches Pendeln von Emotionen und Leidenschaften. Bei der Historisierung der Vergangenheit ist solcher Überschwang freilich ebenso hinderlich wie schweigsame Verdrängung. Wir müssen also darauf achten, dass nach der jahrelangen Missachtung des französischen Wiederaufbaus und seiner Protagonisten nun nicht unversehens eine Hagiographisierung Raum greift, die sozusagen von der anderen Seite am Ziel vorbeischießt. Am besten ist es wohl, wir verankern den französischen Urbanismus genau dort wo er sich entfaltete und scheiterte: auf dem festen Boden vergangener saarländischer Realitäten, also sozusagen auf gutem und gesichertem deutsch-französischen Terrain.